

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr. TOP:	156 8
	Verhandlung	Drucksache:	561/2002
		GZ:	OB 1517-00

Sitzungstermin:	18.07.2002
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Dr. Schuster
Berichterstattung:	-
Protokollführung:	Frau Haasis kr
Betreff:	Klimaschutzprogramm

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 16.07.2002,
nichtöffentlich, Nr. 472

Ergebnis: einstimmige Zustimmung

Verwaltungsausschuss vom 17.07.2002,
nichtöffentlich, Nr. 338

Ergebnis: einstimmige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 03.07.2002, GRDRs 561/2002, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem erweiterten Klimaschutzprogramm wird zugestimmt.
2. Für das erweiterte Klimaschutzprogramm werden in den Jahren 2002 bis 2005 zusätzlich 12,073 Millionen Euro bereitgestellt.

Weitere Beratungsunterlage ist die dieser Niederschrift angeheftete Tischvorlage des Amtes für Umweltschutz vom 17.07.2002.

StR Wahl (CDU), StR Prof. Dr. Kußmaul (SPD), StRin Marx (90/GRÜNE) und StR R. Zeeb (FDP/DVP) teilen die Zustimmung ihrer Fraktionen zum Beschlussantrag mit.

StR Wahl hebt die Erweiterung als weitere Etappe auf dem Weg eines von der Zielsetzung her anspruchsvollen Klimaschutzprogramms hervor. Eine solche Investition diene neben dem Umweltschutz auch der Förderung des Handwerks. StR Wahl führt weiter aus:

- Einbezogen werden sollten die Schüler der genannten vier Schulen - natürlich nicht bei der Sanierung und beim Austausch der Heizungen, sondern im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften zum Thema Umweltschutz mit den Schwerpunkten Energieeinsparung und Vermeidung von CO₂-Ausstoß.

- Zur Energiesparlampenaktion rät StR Wahl dazu, den Austausch ausschließlich beim Stuttgarter Fachhandel und nicht in den Bezirksämtern vorzunehmen.

- Darüber hinaus sollte das Klimaschutzprogramm von einer breiten Werbekampagne begleitet und nicht nur im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Von StRin Marx wird der vorgelegte Maßnahmenkatalog begrüßt. Für den städtischen Haushalt bedeute Energie sparen auch Kosten senken. Das bundesweit als vorbildlich geltende Finanzierungsmodell "Intracting" ermögliche es, Projekte in Angriff zu nehmen, die sonst keine Chance auf Realisierung hätten. Auch nach Ansicht von StRin Marx sollte die Öffentlichkeitskampagne erweitert werden, wobei die Energiesparlampenaktion bereits dazu beitrage,

die Notwendigkeit zur Energieeinsparung für alle sichtbar zu machen.

StR R. Zeeb unterstreicht die Aussagen seines Vorredners und seiner Vorrednerin. Die SPD-Gemeinderatsfraktion trägt - so StR Prof. Dr. Kußmaul - diese Aktionen selbstverständlich mit.

An StR Wahl und StRin Marx gewandt sagt OB Dr. Schuster zu, die Verwaltung werde bis zum Herbst - im Kontext mit der Energiesparlampenaktion - die Strategie für ein Werbekonzept entwickeln. Er hält abschließend fest:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie beantragt.